



## **Rede**

### **Rohstoffsicherheit für Europa**

---

Vortragsveranstaltung zur Mitteilung der Europäischen  
Kommission zu Rohstoffen

10. November 2008

Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Ulrich Grillo

Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke AG

Vorsitzender des BDI-Ausschusses Rohstoffpolitik

Mitglied des BDI-Präsidiums

---

Redezeit: 20 Min.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Hausanschrift*  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

*Postanschrift*  
11053 Berlin

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1432  
F: 030 2028-2432

*Internet*  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

Exzellenzen,

sehr geehrter Herr Kommissar Verheugen,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
lieber Herr Schnappauf,  
liebe Mitstreiter aus dem BDI-Rohstoffausschuss,  
meine Damen und Herren,

die Versorgung Deutschlands und Europas  
mit Rohstoffen ist nicht irgendein Randthema,  
zur Befriedigung der Interessen  
irgendwelcher Unternehmen oder Branchen.  
Die Versorgung Deutschlands und Europas  
mit energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen  
ist ein zentrales Element der Sicherung  
unserer Wettbewerbsfähigkeit, unseres Wohlstandes  
und der nachhaltigen Entwicklung Europas.

Das Bewusstsein darüber, dass dies so ist,  
dieses Bewusstsein ist in den vergangenen Jahren  
allmählich gewachsen.

Inzwischen ist das Thema selbst in überregionalen Medien  
prominent vertreten, manche titelten sogar bereits  
den „Beginn des zweiten Kalten Krieges,  
des Kampfes um Rohstoffe“.

Heute wird kaum jemand mehr ernsthaft die Bedeutung einer funktionierenden Rohstoffversorgung für unsere Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellen.

Dies war nicht immer so.

Erst seit wenigen Jahren – seit dieses Thema aus der Mitte der deutschen Industrie heraus

ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und

der politischen Entscheider

in Deutschland und Europa getrieben wurde,

ist die Erkenntnis gewachsen,

dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Im März 2007 haben wir hier

im Haus der Deutschen Wirtschaft

die Ergebnisse unserer Arbeit

der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“

präsentiert und haben gemeinsam mit der Bundesregierung

- an der Spitze Bundeskanzlerin Merkel -,

die erforderlichen Elemente

einer umfassenden Rohstoffstrategie diskutiert.

In meiner Rede damals habe ich drei Punkte formuliert,

die aus unserer Sicht von entscheidender Bedeutung sind:

1. Rohstoffversorgung ist kein Selbstzweck, sondern von strategischer Bedeutung für die nachhaltige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas.
2. Deutschland und Europa braucht freien Handel und funktionierende Spielregeln. Eine erfolgreiche Rohstoffstrategie erfordert eine effiziente politische Flankierung, denn nur die Politik kann dafür sorgen, dass die internationalen Spielregeln eingehalten werden und schließlich
3. Eine erfolgreiche Rohstoffstrategie erfordert einen ganzheitlichen Ansatz mit entsprechend flankierenden Maßnahmen auf den verschiedenen Ebenen und Politikfeldern. Die Versorgung mit Rohstoffen ist nicht lediglich eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik, sondern gleichermaßen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Energie- und Umweltpolitik, der Entwicklungspolitik und weiterer Politikfelder.

Ich freue mich daher außerordentlich, sehr geehrter Herr Kommissar Verheugen, dass nicht nur die deutsche Regierung diese Überzeugung teilt und inzwischen entsprechende Ansätze einer strategischen Rohstoffpolitik entwickelt sowie

dies durch strukturelle Entscheidungen –  
wie etwa der Gründung  
des „Interministeriellen Ausschusses Rohstoffe“ - manifestiert.

Ich freue mich darüber,  
dass jetzt die gesamte Europäische Kommission  
durch die heute von Ihnen hier präsentierte Mitteilung  
unmissverständlich dokumentiert,  
dass sie die Bedeutung einer funktionierenden  
Rohstoffversorgung für die Zukunftsfähigkeit Europas erkennt  
und die Notwendigkeit für eine umfassende europäische  
Rohstoffstrategie sieht.

Dies ist deshalb von so zentraler Bedeutung,  
weil ohne das Commitment der EU  
eine nationale Rohstoffpolitik allein  
zum Scheitern verurteilt ist.

Zentrale Bereiche, die für den Erfolg der Rohstoffstrategie  
unverzichtbar sind – etwa die Handelspolitik oder  
Bereiche der Umwelt- und Entwicklungspolitik –  
liegen in der Kompetenz der EU.

Nur im Zusammenwirken der verschiedenen Akteure,  
nur durch gleichgerichtete aufeinander abgestimmte und  
integrierte strategische Konzepte können wir

in einer zunehmend globalisierten  
multipolaren Welt nur so erfolgreich sein.  
Europa muss im Ergebnis mit einer Stimme sprechen.

Wie wichtig eine funktionierende Industrie  
für die Zukunftsfähigkeit Europas ist,  
zeigt aktuell die Finanzkrise mit ihren Auswirkungen  
auf die Realwirtschaft.

Europa braucht eine starke und wettbewerbsfähige Industrie  
für eine nachhaltige Entwicklung  
und Sicherung der industriellen Wertschöpfungskette.

Es ist eine Illusion zu glauben,  
man könne dauerhaft aus Nichts Gold machen.

Ein „3-D-Modell“ von Dichtern, Denkern und Dienstleistern,  
wird in Deutschland und in Europa nicht funktionieren.

Ohne einen wettbewerbsfähigen industriellen Kern  
werden wir unseren Wohlstand in Europa verlieren.

Wenn wir in Europa kein Öl mehr haben,  
fahren unsere Autos nicht mehr.

Aber: wenn wir keine Rohstoffe mehr haben,  
dann produzieren wir keine Autos mehr !

Die aktuellen Erschütterungen der Weltmärkte zeigen:

Während wir in Europa noch diskutieren, werden auf den Märkten Fakten geschaffen. Wir brauchen dringend eine funktionierende europäische Rohstoffstrategie und eine kraftvoll flankierende Politik an unserer Seite, die sich konsequent für die Einhaltung der Spielregeln einsetzt und bestehende Regelverstöße energisch bekämpft.

Bereits heute werden Investitionen in Minenprojekte zurückgestellt, die mittelfristig Auswirkungen auf die Rohstoffversorgung und Preise haben werden. Bei den Hütten beispielsweise klafft die Schere zwischen Metallpreis einerseits und Strompreis andererseits bereits so weit auseinander, dass einzelne Unternehmen - wie zum Beispiel die Ruhrzink GmbH -, zum Jahresende aus dem Markt ausscheiden müssen. Ich mache mir Sorgen, dass die Auswirkungen der Finanzkrise möglicherweise zu einer Welle protektionistischer Maßnahmen und Handelsverzerrungen führen könnte.

Da könnte man ja sagen, was solls, ein Unternehmen mehr oder weniger. Das Problem dabei ist, dass es dabei nicht um ein einzelnes Unternehmen geht,

sondern um die reale Gefahr

des Bruchs der gesamten industriellen Wertschöpfungskette

und damit des Verlusts der Basis unseres Wohlstandes.

Dies müssen wir verhindern.

Die gegenwärtigen Beeinträchtigungen sind vielfältig.

Auf den internationalen Märkten sind wir mit einer Vielzahl staatlicher Interventionen konfrontiert

- Herr Verheugen hat es bereits angesprochen:

Über 450 Exportbeschränkungen für mehr

als 400 verschiedene Rohstoffe

- von Metallen über Kunststoffe bis hin zu Holz und Fellen - sind betroffen.

Um nur drei Beispiele zu nennen:

- Indien verlangt für die Ausfuhr von Eisenerz inzwischen 50 Rupien pro Tonne,
- Russland erhebt seit einigen Jahren einen 50 %igen Ausfuhrzoll auf Metallschrotte und hat damit den Handel faktisch zum Erliegen gebracht. Gerüchten zufolge plant Russland derzeit, diesen Zoll nochmals weiter zu erhöhen.
- Für die Ausfuhr von gelbem Phosphor aus China sind heute sogar 120 % Steuern zu zahlen.

Den Unternehmen aus Indien, Russland, China *Seite*  
9 von 23

und anderen Ländern sichern diese Maßnahmen im internationalen Wettbewerb einen erheblichen Vorteil – nicht zuletzt auch auf dem europäischen Markt.

Deutsche und europäische Unternehmen, die diese Rohstoffe importieren müssen, werden durch derartige Maßnahmen massiv in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt und aus dem Markt gedrängt – mit der Gefahr des Bruchs der gesamten industriellen Wertschöpfungskette in Europa.

Die steigende Zahl staatlicher Interventionen und Handelsverzerrungen stellt das größte Problem für die Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen aus dem Ausland dar.

Zusätzliche Risiken zeichnen sich ab:

Die Konzentration unter den Rohstoffanbieterfirmen hat seit Anfang des neuen Jahrtausends massiv zugenommen, insbesondere bei Metallen.

Die beabsichtigte Übernahme von Rio Tinto

– Nr. 2 der Branche – durch BHP Billiton

– die Nr. 1 – ist nur der bekannteste Fall.

Allein 2007 gab es unter den Anbietern

metallischer Rohstoffe über 100 Unternehmensübernahmen; jede fünfte hatte einen Umfang von mehr als 1 Mrd. US-\$.

Bei Eisenerz kontrollieren heute schon drei Anbieter 70 % des Handels. Es ist nicht auszuschließen, dass es auch bei anderen Metallen zu solchen Situation kommt. Staatlich induzierte Preisanstiege und zusätzliche Kostenbelastungen für die Industrie in Europa könnten die Folge sein.

Die Unternehmen sehen sich allerdings nicht nur auf den internationalen Märkten mit erheblichen Beschränkungen und Risiken konfrontiert – sondern auch innerhalb Deutschlands und Europas.

Nicht alle Rohstoffe, die wir in Europa benötigen, müssen wir aus dem Ausland importieren.

Auch die Versorgung mit Rohstoffen, die in Deutschland und Europa vorhanden sind, ist von großer Wichtigkeit für die Volkswirtschaften Europas.

Allerdings besteht die Gefahr, dass wir auch diese Rohstoffe bald aus dem Ausland importieren müssen – mit der Gefahr einer strategischen Abhängigkeit:

Denn Rohstofflagerstätten, die in Europa geologisch gesehen in ausreichendem Maß vorhanden sind, werden – insbesondere durch Schutzgebiete – überplant und damit der Rohstoffgewinnung versperrt.

In Brandenburg – hier, direkt vor den Toren Berlins – sind heute bereits 60 % der Landesfläche als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Wenn man Wohngebiete, Gewerbeflächen und Verkehrswege hinzurechnet, bleibt für Rohstoffgewinnung wenig Platz.

Insbesondere wenn man bedenkt, dass Rohstoffe nicht überall zu finden sind.

Diese und die weitere Beschränkungen und Herausforderungen erfordern Antworten – auch und insbesondere auf europäischer Ebene.

Meine Damen und Herren,

Rohstoffsicherheit ist Daueraufgabe.

Rohstoffsicherheit ist Langfristaufgabe.

Für Unternehmen und Politik.

Dafür sind Strategien gefordert – hier wie dort.

Unstrittig ist:

Die Rohstoffversorgung **ist** und **bleibt primär**  
Sache der Unternehmen selbst.

Die Unternehmen müssen durch strategische Ausrichtung  
und Wahrnehmung bestehender Handlungsspielräume  
ihre Rohstoffversorgung bestmöglich sichern.

Die Politik ihrerseits ist insbesondere dort gefordert,  
wo politisch verursachte Störungen  
die Rohstoffversorgung behindern und  
wo politische Rahmenbedingungen neuen Erfordernissen  
angepasst werden müssen.

Herr Verheugen, Ihre Initiative für eine EU-Rohstoffstrategie  
möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich würdigen.

In Ihrem Strategiepapier wird die Rohstoffsituation Europas  
sehr gut analysiert.

Es wird deutlich: Rohstoffsicherheit ist nicht etwa  
nur ein **deutsches** Anliegen.

Rohstoffsicherheit ist Voraussetzung für die  
Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in ganz Europa.

Die gesamteuropäische Bedeutung der  
Rohstoffsicherheit ist immens.

30 Millionen Arbeitsplätze in Europa hängen

von der sicheren Versorgung mit Rohstoffen ab

– das heißt jeder siebte Arbeitsplatz in der Union.

In Ihrer Analyse benennen Sie eine Fülle bestehender Beschränkungen und Risiken der Rohstoffsicherheit Europas – sowohl die Herausforderungen, denen wir uns auf den internationalen Märkten gegenübersehen, als auch die „hausgemachten Probleme“.

„Gemeinsame Agrarpolitik“ und „Natura 2000“ sind die Stichworte. Das ist ehrlich.

Nicht zuletzt, finde ich in dem Strategieteil des Papiers eine Menge überaus konstruktive Politikansätze bzw. Vorhaben.

Über Details kann man immer diskutieren.

Entscheidend ist aber,

dass die grundsätzliche „Philosophie“, die Richtung, stimmt.

Die Schlussfolgerungen, die Sie aus Ihrer Analyse ziehen, werden von uns vollständig geteilt.

Ich möchte einige zentrale Aussagen nochmals herausgreifen:

Erstens:

Moderne Gesellschaften können ohne sichere Rohstoffversorgung nicht dauerhaft funktionieren und sind daher auf eine ausreichende Versorgung mit mineralischen Rohstoffen zu akzeptablen Preisen angewiesen.

Zweitens:

Ein verlässlicher, von Marktverzerrungen unbeeinträchtigtiger Zugang zu Rohstoffen ist eine zunehmend wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und damit für die Erreichung des Lissabon-Zieles.

Drittens:

In Zeiten eingeschränkten Zugangs zu Ressourcen und hoher Importabhängigkeit müssen Strategien entwickelt werden, um die Ressourceneffizienz zu steigern und das Recycling und die Wiederverwertung von Altstoffen zu verstärken.

Viertens:

Sie formulieren das Ziel des diskriminierungsfreien Zugangs zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt.

Sie kündigen eine aktive Rohstoffdiplomatie an, um den Zugang zu Rohstoffen zu sichern.

Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik der Union sollen mit Blick auf die Anliegen im Rohstoffbereich abgestimmt agieren. Das halte ich für ausgesprochen wichtig. Dies betrifft z. B.

- den Abbau der Handelshemmnisse,
- die Sicherheit der Handelswege und
- die Chancengleichheit für die Unternehmen bei Investitionen in anderen Ländern.

Der Zugang zu Primär- und Sekundärrohstoffen soll vorrangiges Ziel der EU-Handels- und Regulierungspolitik werden.

Sie kündigen darüber hinaus an, die „hausgemachten Probleme“ der EU zu adressieren. Die Einfuhrzölle für nachwachsende Rohstoffe – ein Resultat der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ – sollen überprüft und nach Möglichkeit abgebaut werden. Das begrüßen wir.

Insbesondere begrüßen wir, dass die EU-Rohstoffstrategie langfristig und nachhaltig ausgelegt ist.

Die Strategie

Seite  
16 von 23

*[ggf. Sie haben es soeben noch einmal betont]*

wird beim Europäischen Rat verankert und dort regelmäßig überprüft.

Es wird einen Dialog mit der Industrie geben – zur genauen Umsetzung und zum Erfolg der Strategie. Wir werden Sie hierbei gerne konstruktiv begleiten.

Fünftens:

Sie wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass eine dauerhafte Versorgung mit heimischen Rohstoffen begünstigt wird. Auch dieses Ziel begrüßen wir ausdrücklich.

Allerdings würden wir uns zusätzliche Anstrengungen wünschen:

Wir halten eine Überarbeitung der „Natura 2000“-Richtlinie für dringend erforderlich.

Diese Richtlinie ist dafür verantwortlich, dass es in Brandenburg und den anderen Ländern „nicht mehr viel zu holen“ gibt – zumindest nicht für Rohstoffunternehmen.

Die Ausweisung von Naturschutzgebieten

Seite  
17 von 23

muss regelmäßig überprüft werden – anhand von ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien. Und sie muss gegebenenfalls ausgesetzt werden können. Dafür wird eine Änderung der Natura 2000-Richtlinie benötigt.

Sehr geehrter Herr Verheugen, wie gesagt:  
Die Richtung stimmt. Die deutsche Industrie wird Sie bei der weiteren Umsetzung der Rohstoffstrategie aktiv unterstützen und konstruktiv begleiten.

Die Strategie wird nun dem „Realitäts-Check“ unterworfen, d.h. der Prüfung, inwieweit in der Mitteilung formulierte Ziele in der Praxis konkret umgesetzt, die Rohstoffversorgung verbessert und bestehende Verzerrungen und Belastungen beseitigt werden.

Einige Anregungen seien mir gestattet:

Erstens: Handelspolitik

Der Kampf gegen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen bei Rohstoffen ist inzwischen fester Bestandteil der Politik der EU-Kommission.

In den WTO-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine Anfang des Jahres wurde diese neue Philosophie erstmals deutlich.

Die Ukraine hat einen schrittweisen Abbau der Ausfuhrzölle auf Metallschrotte zugesagt und ihren vollständigen Abbau durch offizielle Regierungsschreiben im Rahmen eines Freihandelsabkommens in Aussicht gestellt.

Auch wenn dies die Situation unmittelbar nicht konkret verbessert – die Zölle sind nach wie vor prohibitiv hoch -, machen diese Art konkreter Verpflichtungen Mut.

Wir hoffen, dass die Kommission auch in anderen Verhandlungen und Gesprächen eine harte Linie vertreten, die „Rohstoffbrille“ tragen und weitere Erfolge erzielen wird.

Dabei sollte allerdings von allen Instrumenten Gebrauch gemacht werden.

Und wir sollten uns durch inkonsistentes Handeln nicht selbst die Einflussmöglichkeiten nehmen.

Beispiel: „Allgemeines Präferenzsystem“

Dadurch wird anderen Ländern – aus entwicklungspolitischen Gründen – eine weitgehende Befreiung von Importzöllen gewährt.

Im Prinzip eine gute Sache, denn sie fördert den Handel und hilft Entwicklungsländern.

Konkret sind wir derzeit aber mit der Situation konfrontiert, dass Russland in Zukunft beim Handel mit Produkten - wie etwa Kupfergießwalzdraht oder Aluminiumfolie - in den Genuss der deutlich ermäßigten Zölle kommt, weil es die technischen Indikatoren erfüllt.

Dies nur deshalb, weil der relative Anteil der Lieferung Chinas in die EU bei diesen Produkten gewachsen und der Russlands damit gesunken ist.

Ich finde, es stellt sich schon die Frage, ob deshalb Russland gleich unsere Unterstützung benötigt. Vergessen wir nicht, dieses Land beschränkt den Handel mit 50prozentigen Ausfuhrzöllen auf Metallschrotte und plant möglicherweise derzeit eine weitere Erhöhung. Eine konsistente und kraftvolle Rohstoffpolitik sieht anders aus.

Zweitens Umweltpolitik:

Sekundäre Rohstoffe wie Abfälle, Schrotte und Reststoffe leisten heute einen bedeutenden Beitrag zur Rohstoffversorgung der Industrie.

Und zum Klimaschutz. Durch den Einsatz von Schrotten kann z. B. bis zu 95 % Energie eingespart und somit erheblich CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermieden werden.

Um das Nutzungspotenzial von Sekundärrohstoffen noch besser auszuschöpfen, müssen die Registrierungspflichten der REACH-Verordnung unbedingt abgebaut werden.

Sie bedeuten erheblichen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen.

Leider werden die REACH-Verordnung und die Probleme, die sie mit sich bringt, in der Mitteilung nicht thematisiert.

Wenn Sie das 10-Punkte-Papier des BDI lesen, das ganz aktuell in unserem Ausschuss Rohstoffpolitik erarbeitet wurde, wird klar:

Es gibt noch weitere Anliegen, die keine Berücksichtigung gefunden haben.

Und aus unserer Sicht damit für die Zukunft genügend weitere Themen, um mit Ihnen und der EU-Kommission im konstruktiven Dialog zu bleiben.

Ich denke, Herr Verheugen, ein erster, sehr wichtiger Schritt ist mit dieser Mitteilung getan.

Rohstoffsicherheit – ich sagte es bereits –  
ist Daueraufgabe, Rohstoffsicherheit ist Langfristaufgabe  
und – ich ergänze – Rohstoffsicherheit ist  
Gemeinschaftsaufgabe.

Gemeinschaftsaufgabe zum einen von nationaler und  
europäischer Politik. Beide können und müssen  
dazu beitragen, die Rahmenbedingungen  
der Rohstoffsicherheit zu verbessern.

Und an vielen Stellen müssen sie dies **gemeinsam** tun.  
Das Bemühen um einen Abbau der Handels- und  
Wettbewerbsverzerrungen ist ein Beispiel.

Dieses Bemühen muss sowohl in den Verhandlungen der  
**europäischen** Ebene, als auch den bilateralen Gesprächen  
der **nationalen** Ebene ihren Niederschlag finden.

Rohstoffsicherheit ist aber auch Gemeinschaftsaufgabe  
von Industrie und Politik sowie innerhalb der industriellen  
Wertschöpfungskette.

Die Unternehmen sind gefordert, Informationen darüber  
weiterzugeben, wo es bei der Rohstoffversorgung politisch  
hakt und sie müssen sich in den Dialog mit der Politik  
einbringen.

Deshalb möchte ich mit einem dreifachen Appell schließen.

An Sie, Herrn Verheugen, stellvertretend für die Europäische Kommission, die Strategie zügig auf den Weg zu bringen und den Dialog mit der Industrie zu suchen – über die Umsetzung der Strategie und auch ihre Weiterentwicklung. Denn die ist erforderlich.

An die Mitglieder der Bundesregierung und der Ministerien möchte ich appellieren, die Kommission bei der Umsetzung der Strategie zu unterstützen und gleichzeitig die Anstrengungen auf nationaler Ebene nicht zu unterlassen. Unser 10-Punkte-Papier nennt auch einige Dinge, die auf nationaler Ebene angepackt werden müssen.

Last but not least möchte ich an die Unternehmen appellieren, sich an dem Dialog mit der Politik weiterhin aktiv zu beteiligen und Gesicht zu zeigen. Es ist in unserem eigenen Interesse.

Denn:

Seite  
23 von 23

Rohstoffe sind keineswegs der brüchige Klebstoff  
für den Erhalt einer untergehenden Industriegesellschaft,  
sie sind der Treibstoff für unsere  
nachhaltige, zukünftige Wettbewerbsfähigkeit.  
Und dafür kämpfen wir!

Ich danke Ihnen.